

Antrag

der Abg. Nico Weinmann u. a. FDP/DVP

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Verkehr

Landesweites Semesterticket II

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. welches Ziel die Landesregierung beim Thema landesweites Semesterticket verfolgt;
2. wie sich die im Koalitionsvertrag festgehaltene organisatorische Unterstützung eines landesweiten Semestertickets gestaltet;
3. wie sie die Verständigung der Arbeitsgruppe eines landesweiten Semestertickets (AG LWST) vom 18. Juli 2017 beurteilt, wonach über die Einführung eines landesweiten Semestertickets an den Hochschulen entschieden werden soll;
4. welche Erkenntnisse ihr über die Ergebnisse der Umfrage vorliegen, die unter Regie der Landes-Asten-Konferenz (LAK) zu Beginn des Sommersemesters 2018 stattgefunden hat;
5. inwieweit die Veröffentlichung des Users „Landesweites Semesterticket für Baden-Württemberg“ auf Facebook vom 31. August zutrifft, die als Ergebnisse der Urabstimmungen an drei Hochschulen die jeweilige Ablehnung mit 51 Prozent und zweimal 77 Prozent der Stimmen deutlich abzeichnet;
6. welche Anforderungen an die Durchführung der Umfragen und die Validität der Abstimmungsergebnisse die Landesregierung stellt, um daraus Schlussfolgerungen für die weitere koalitionsvereinbarte Unterstützung ziehen zu können;
7. welche Gründe ihr für das negative Abstimmungsergebnis bekannt sind, insbesondere ob sich ein Zusammenhang mit der finanziellen Mehrbelastung aufgrund des erhöhten Sockelbetrags erkennen lässt;

Eingegangen: 24.09.2018/Ausgegeben: 30.10.2018

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

8. welchen Einfluss die abschlägigen Abstimmungsergebnisse auf das politische Ziel der Landesregierung haben;
9. wie ein etwaiger weiterer Entscheidungsprozess an den Hochschulen gestaltet werden soll oder ob die Ergebnisse der vorgenannten Umfragen einen weiteren Entscheidungsprozess verschließen;
10. welche Verbesserungen vonseiten der Tarifverbände zum startenden Wintersemester in Aussicht stehen, etwa beim Preis eines regionalen Semestertickets des jeweiligen Verbundes oder hinsichtlich Verbundgrenzenüberschreitender Angebote.

24. 09. 2018

Weinmann, Hoher, Dr. Rülke, Dr. Timm Kern, Haußmann,
Brauer, Dr. Goll, Keck, Reich-Gutjahr, Dr. Schweickert FDP/DVP

Begründung

Aus der Beantwortung des Antrags Drucksache 16/4045 geht hervor, dass nach den Beschlüssen der Landes-Asten-Konferenz und der Arbeitsgruppe landesweites Semesterticket zunächst eine Umfrage Aufschluss darüber geben soll, ob die Einführung eines landesweiten Semestertickets von den Studierenden gewünscht wird. Die Einführung eines solchen Tickets ist sowohl im Wahlprogramm der GRÜNEN als auch im Koalitionsvertrag der Landesregierung zur organisatorischen Unterstützung zu finden. Das Verfahren zur Ermittlung des Stimmungsbildes unter den Studierenden wurde in die Hand der Studierendenvertretung gelegt. Die Umfrage musste zeitlich verschoben werden und fand nun zum Beginn des Sommersemesters 2018 statt. Vom Ausgang dieser Umfrage wollte die LAK abhängig machen, ob der landesweite Entscheidungsprozess an den Hochschulen gestartet wird. Der Antrag soll nun klären, welches Bild sich aus den Umfragen ergibt und welche Schlüsse aus den Ergebnissen gezogen werden.

Stellungnahme*)

Mit Schreiben vom 22. Oktober 2018 Nr. 3-3897.0/405 nimmt das Ministerium für Verkehr im Einvernehmen mit dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

1. *welches Ziel die Landesregierung beim Thema landesweites Semesterticket verfolgt;*

Das Ziel der Landesregierung ist die Vereinfachung der Tariflandschaft in Baden-Württemberg. Ein Schritt in diese Richtung ist etwa die Einführung des Baden-Württemberg-Tarifs zum 9. Dezember. Aus der Studierendenschaft wurde immer wieder auch der Wunsch an das Land herangetragen, vergleichbar anderen Bundesländern ein landesweites Semesterticket einzuführen. Das Land steht diesem Vorschlag sehr positiv gegenüber und hat zugesagt dieses Ziel zu unterstützen.

2. *wie sich die im Koalitionsvertrag festgehaltene organisatorische Unterstützung eines landesweiten Semestertickets gestaltet;*

Die organisatorische Unterstützung seitens der Landesregierung gestaltet sich in der Gründung, als auch der Betreuung der Arbeitsgruppe LWST durch das VM und das MWK. Im Rahmen dieser Arbeitsgruppe unterstützt das Land die Studierenden auch in ihren Verhandlungen mit den Verkehrsverbänden.

*) Nach Ablauf der Drei-Wochen-Frist eingegangen.

3. *wie sie die Verständigung der Arbeitsgruppe eines landesweiten Semestertickets (AG LWST) vom 18. Juli 2017 beurteilt, wonach über die Einführung eines landesweiten Semestertickets an den Hochschulen entschieden werden soll;*

Das Land hat gegenüber den Verfassten Studierendenschaften und den Verkehrsverbänden immer kommuniziert, dass es für beide Seiten notwendig ist, den Entscheidungsprozess auf eine sichere Basis zu stellen. Die Entscheidungen müssen eine legitimierte Grundlage haben und das Meinungsbild innerhalb des Bereichs abbilden, insbesondere die Akzeptanz durch die Studierenden sollte gewährleistet sein. Dies kann durch eine Urabstimmung unter den Studierenden erfolgen, welche von den Verfassten Studierendenschaften an den Hochschulen des Landes durchgeführt wird.

Die Landes-Asten-Konferenz hat im Zuge der Diskussion über die Einführung eines landesweiten Semestertickets vorgeschlagen, die Studierenden im Rahmen einer breit angelegten Informationskampagne über das landesweite Semesterticket zu informieren. Gleichzeitig wurde der Wunsch geäußert, als Teil der Kampagne eine Online-Vorabumfrage durchzuführen. Diese Vorabumfrage sollte die verschiedenen Modelle zur Abstimmung stellen. Neben der Information sollte Ziel der Befragung sein, die Akzeptanz dieses Vorschlags für ein landesweites Semesterticket bei den Studierenden festzustellen. Bei einer deutlichen Ablehnung könnte die Durchführung einer aufwendigen Urabstimmung, gegebenenfalls mit der Notwendigkeit einer vorherigen Änderung der jeweiligen Organisationssatzungen, bei den Verfassten Studierendenschaften hinfällig sein.

Sowohl das Wissenschaftsministerium als auch das Verkehrsministerium haben keine Einwände gegen diesen Wunsch formuliert und die LAK bei der Durchführung der Online-Vorabumfrage unterstützt. Das Wissenschaftsministerium hat die Hochschulen und Studierendenwerke gebeten, die Studierenden insoweit zu unterstützen, indem auf die Kampagne aufmerksam gemacht wird.

4. *welche Erkenntnisse ihr über die Ergebnisse der Umfrage vorliegen, die unter Regie der Landes-Asten-Konferenz (LAK) zu Beginn des Sommersemesters 2018 stattgefunden hat;*

Zum Zeitpunkt der Beantwortung der Landtagsanfrage liegen weder dem Verkehrsministerium noch dem Wissenschaftsministerium offizielle Ergebnisse oder eine endgültige Auswertung der Vorabumfrage vor. Die für von der LAK für Anfang Juni angekündigte ausführliche Auswertung der Umfrageergebnisse durch Herrn Prof. Dr. Bernecker, Studiendekan Verkehrsbetriebswirtschaft und Logistik an der Hochschule Heilbronn, hat sich verzögert. Diese endgültige Auswertung wurde der LAK und dessen Arbeitskreis Landesweites Semesterticket erst Anfang Oktober zugeleitet. Nach Rücksprache des Wissenschaftsministeriums mit einem Vertreter der LAK ist die offizielle Weiterleitung an die Landesregierung zeitnah angekündigt.

5. *inwieweit die Veröffentlichung des Users „Landesweites Semesterticket für Baden-Württemberg“ auf Facebook vom 31. August zutrifft, die als Ergebnisse der Urabstimmungen an drei Hochschulen die jeweilige Ablehnung mit 51 Prozent und zweimal 77 Prozent der Stimmen deutlich abzeichnet;*

Der Landesregierung liegen zum Zeitpunkt der Beantwortung der Landtagsanfrage noch keine Ergebnisse der Umfrage vor (siehe Antwort zu Frage 4).

6. *welche Anforderungen an die Durchführung der Umfragen und die Validität der Abstimmungsergebnisse die Landesregierung stellt, um daraus Schlussfolgerungen für die weitere koalitionsvereinbarte Unterstützung ziehen zu können;*

Auf die Ausführungen zu Frage 3 wird verwiesen.

Die Online-Vorabumfrage war ein Wunsch der LAK. Das Verkehrs- und das Wissenschaftsministerium haben diesen Wunsch insoweit unterstützt, als Hochschulen und Studierendenwerke gebeten wurden, auf die Kampagne aufmerksam zu machen.

7. *welche Gründe ihr für das negative Abstimmungsergebnis bekannt sind, insbesondere ob sich ein Zusammenhang mit der finanziellen Mehrbelastung aufgrund des erhöhten Sockelbetrags erkennen lässt;*
8. *welchen Einfluss die abschlägigen Abstimmungsergebnisse auf das politische Ziel der Landesregierung haben;*

Die Fragen 7 und 8 werden gemeinsam beantwortet:

Die Ergebnisse der Umfrage liegen noch nicht vor. Eine Analyse kann sich erst an eine offizielle Veröffentlichung anschließen.

9. *wie ein etwaiger weiterer Entscheidungsprozess an den Hochschulen gestaltet werden soll oder ob die Ergebnisse der vorgenannten Umfragen einen weiteren Entscheidungsprozess verschließen;*

Es wird auf die Ausführungen zu Frage 3 verwiesen.

Die Durchführung einer Online-Vorabumfrage im Rahmen einer Kampagne zur Information der Studierenden über die Einführung eines landesweiten Semestertickets erfolgte auf Wunsch der LAK. Ziel der Durchführung dieser Umfrage war die Einholung eines ersten Meinungsbildes innerhalb der Studierendenschaft. Nach Vorliegen und Veröffentlichung des Ergebnisses wird die LAK sich über das weitere Vorgehen und damit den weiteren Entscheidungsprozess abstimmen.

10. *welche Verbesserungen vonseiten der Tarifverbände zum startenden Wintersemester in Aussicht stehen, etwa beim Preis eines regionalen Semestertickets des jeweiligen Verbundes oder hinsichtlich Verbundgrenzenüberschreitender Angebote.*

Die 22 Verkehrsverbände in Baden-Württemberg arbeiten unabhängig von einander an der Verbesserung ihres Angebots in ihrem Tarifbereich. Angesichts der Vielfalt an Tarifangeboten in ganz Baden-Württemberg verfolgt das Land nicht detailliert die Entwicklung einzelner Tarifangebote.

Hermann
Minister für Verkehr